

BGB Allgemeiner Teil

Wertenbruch

5., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2021
ISBN 978-3-406-77115-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
BGB Allgemeiner Teil
Johannes Wertenbruch


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

BGB Allgemeiner Teil

von

Dr. Johannes Wertenbruch

o. Professor an der Universität Marburg

5., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2021


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: *Wertenbruch* BGB AT § ... R.n. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 77115 6
ISBN E-Book 978 3 406 77718 9

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Umschlaggestaltung, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Seit der Veröffentlichung der vierten Auflage und eines zwischenzeitlich erforderlich gewordenen Nachdrucks hat sich die Welt des Allgemeinen Teils des BGB zwar nicht grundlegend verändert, aber insbesondere durch die fortschreitende Digitalisierung auch im Bereich des Rechts- und Geschäftsverkehrs mit starker Verbreitung der elektronischen Willenserklärung weitergedreht. Schritt halten müssen rechtliche Definition und Subsumtion vor allem in den Bereichen Zugang der Willenserklärung (§ 130) und wirksamer Vertragschluss. Im Mittelpunkt steht hier die Prüfung, wann eine elektronische Willenserklärung in den Bereich des Empfängers gelangt und nach gewöhnlichen Umständen mit einer Kenntnisnahme zu rechnen ist. Die traditionelle zugangsrechtliche Vorstellung von Raum und Zeit erscheint gegenwärtig aber wegen veränderter Lebens- und Arbeitsbedingungen (insbesondere Home-Office und flexibleren Arbeitszeiten) auch bei der klassischen Post-Briefzustellung in einem anderen Licht. Das besondere Verhältnis des im System des BGB vor die Klammer gezogenen Allgemeinen Teils zu den anderen Büchern dieses Gesetzes visualisiert die neuere Rechtsprechung beispielsweise bei der Vermessung der Reichweite des für den Verbraucherschutz bei schuldrechtlichen Verträgen entscheidenden Verbraucherbegriffs des § 13 und in Bezug auf die für das Sachenrecht bedeutsame Legaldefinition des wesentlichen Bestandteils (§§ 93, 94). Dass es auch in diesen Gebieten des Allgemeinen Teils nicht um graue Theorie geht, belegen etwa die auf der grünen Wiese regelmäßig in Phalanx auftretenden Windkraftanlagen („Windräder“). Eigentümer der häufig auf nur gepachteten Wiesenstreifen errichteten Anlagen ist nicht der in die Umwelt investierende Pächter, sondern der Wieseneigentümer, falls es sich um wesentliche Grundstücksbestandteile handeln sollte. Das Recht der Stellvertretung entfaltet als eine der tragenden Säulen des Allgemeinen Teils seinen zivilrechtlichen Wirkungskreis insbesondere im Bereich der Gesellschaften und sonstigen Unternehmen, die obligatorisch durch Vertreter handeln. Mit dem auf der Schattenseite des Vertretungsrechts angesiedelten und in Klausuren häufig eine Rolle spielenden Institut des Missbrauchs der Vertretungsmacht musste sich der BGH erneut im Zusammenhang mit den gerade bei der gesetzlichen Vertretung verbreiteten Insichgeschäften des Vertreters nach § 181 befassen.

Für vielfältige Recherchen und Korrekturen danke ich meinen wiss. Mitarbeiterinnen Ass. jur. Hannah Schütz und Lena Schönwald, meinem wiss. Mitarbeiter Peter Romer sowie meinen studentischen Hilfskräften Madlen Eiteneuer, Sandra Gronewold, Sebastian Alm, Konstantin Döring und Moritz Thormann. Meiner Sekretärin Anna Sauer danke ich für die vielfältige Unterstützung bei der Organisation der Neuauflage. Für die Lektorierung

des Manuskripts im Verlagshaus C.H. Beck sowie für die Organisation von Satz und Druck bedanke ich mich auch diesmal bei Herrn Dr. Klaus Winkler und Frau Bettina Mizzler. Kritik und Anregungen können gerne wieder an wertenbr@jura.uni-marburg.de geschickt werden.

Marburg, im Juni 2021

Johannes Wertenbruch



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX

Kapitel 1. Entstehung und Systematik des BGB

§ 1. Historische Grundlagen und Entstehung des BGB	1
I. Die Bedeutung der historischen Grundlagen für die Fortentwicklung des BGB.	1
II. Der Kodifikationsstreit und die Privatrechtsentwicklung im 19. Jahrhundert	1
III. Von der lex Miquel-Lasker bis zum BGB	2
IV. Die Materialien zum BGB und seiner Reformen als Auslegungsgrundlage	4
V. Einfluss des Europarechts	5
§ 2. Die Systematik des BGB	6
§ 3. Trennungsprinzip und Abstraktionsprinzip	8
I. Grundlagen	8
II. Rechtsfolgen	9
III. Zusammenfassung	10

Kapitel 2. Rechtsfähigkeit, Rechtssubjekte und Objekte

§ 4. Grundlagen	11
I. Die Rechtsfähigkeit	11
1. Begriff und historische Entwicklung	11
2. Natürliche Person	11
3. Juristische Person und Personengesellschaft	13
4. Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	15
5. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	16

II. Namensrecht (§ 12)	16
III. Unternehmer, Verbraucher und Kaufleute	18
1. Abgrenzungsgrundlagen und Rechtsfolgen	18
2. Einordnung von „dual use“-Geschäften	19
3. Die umstrittene Verbraucherstellung der GbR	20
IV. Sachen und Tiere	22
1. Bewegliche und unbewegliche Sachen	22
2. Res extra commercium und öffentliche Sachen	22
3. Wesentliche Bestandteile und Zubehör	23
4. Vertretbare und verbrauchbare Sachen	29
5. Tiere	30
6. Früchte und Nutzungen	31
V. Zusammenfassung und Kontrollfragen	34
1. Zusammenfassung	34
2. Kontrollfragen	34
§ 5. Der Verein	35
I. Erlangung der Rechtsfähigkeit	35
II. Der „nicht rechtsfähige“ Verein	36
III. Das Recht des eingetragenen Vereins	37
1. Die Vertretung	37
2. Haftung des Vereins für Organverschulden (§ 31)	38
3. Haftung von Organmitgliedern (insbesondere Vorständen und besonderen Vertretern (§ 31a))	39
4. Haftung von Vereinsmitgliedern	40
5. Die Willensbildung im Verein	41
IV. Vertretung und Haftung beim nicht eingetragenen Verein	43
1. Vertretung durch den Vorstand	43
2. Haftung der Mitglieder	44
V. Zusammenfassung und Kontrollfragen	45
1. Zusammenfassung	45
2. Kontrollfragen	45

Kapitel 3. Die Willenserklärung

§ 6. Der Tatbestand der Willenserklärung	47
I. Die historischen Grundlagen	47
II. Die Begriffe Willenserklärung und Rechtsgeschäft	48

1. Unterschied zwischen Willenserklärung und Rechtsgeschäft .	48
2. Willenserklärung mit Realakt als Rechtsgeschäft	48
3. Eine Willenserklärung als Rechtsgeschäft	48
III. Die Voraussetzungen der Willenserklärung	49
1. Unterscheidung zwischen äußerem und innerem Tatbestand . .	49
2. Der innere Tatbestand der Willenserklärung	49
IV. Abgrenzung zwischen Rechtsbindung und nicht rechtlichen Ver- einbarungen (insbesondere Gefälligkeiten)	54
V. Freibleibende „Angebote“	58
VI. Angebot mit Selbstbelieferungsvorbehalt	59
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	60
1. Zusammenfassung	60
2. Gutachtenaufbau	61
3. Kontrollfragen	61
§ 7. Scheingeschäft, geheimer Vorbehalt und Scherzerklärung. .	62
I. Das Scheingeschäft (§ 117)	62
1. Begriff und Geschichte des Scheingeschäfts	62
2. Die Anwendung des § 117	62
II. Der geheime Vorbehalt (Mentalreservation)	64
1. Tatbestand und Entstehung des § 116 S. 1	64
2. Der erkannte geheime Vorbehalt (§ 116 S. 2)	65
3. Die nicht empfangsbedürftige Willenserklärung in Mental- reservation	66
4. Mehrere Erklärungsempfänger	67
III. Die nicht ernst gemeinte Erklärung – Scherzerklärung (§ 118)	68
1. Begriff und Geschichte der Scherzerklärung	68
2. Die Anwendung des § 118	68
3. Das „misslungene“ Scheingeschäft	70
4. Die „Schmerzerklärung“	71
IV. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	72
1. Zusammenfassung	72
2. Gutachtenaufbau	73
3. Kontrollfragen	73
§ 8. Abgabe und Zugang von Willenserklärungen	73
I. Die historischen Grundlagen des § 130	73
II. Richtige Abgabe der Erklärung als Zugangsvoraussetzung	74

1.	Das In-den-Verkehr-Bringen der Erklärung	74
2.	Abgabe gegenüber einem falschen Adressaten mit anschließender Weiterleitung an den richtigen Adressaten	75
3.	In-den-Verkehr-Bringen der Erklärung durch einen Unbefugten	76
III.	Der Zugang – Grundlagen	77
1.	Allgemeine Definition – Geltung auch im digitalen Rechtsverkehr	77
2.	Bereich des Empfängers bei elektronischen Erklärungen und Zulässigkeit der Übermittlungsart	77
IV.	Der Zeitpunkt des Zugangs	78
1.	Die „gewöhnlichen Umstände“ als maßgebliches Kriterium – Grundlagen	78
2.	Bestimmung des Zugangszeitpunkts bei Briefzustellungen	79
3.	Zeitpunkt des Zugangs bei Einschreiben	81
4.	Zugangszeitpunkt bei digitalen Willenserklärungen	82
V.	Abgabe und Zugang bei anwesenden Adressaten	85
VI.	Abgabe und Zugang mündlicher Erklärungen	87
1.	Vernehmungstheorie – Grundsätze	87
2.	Anderes Sprachverständnis des Empfängers mündlicher Erklärungen	88
VII.	Widerruf der Willenserklärung vor Zugang (§ 130 Abs. 1 S. 2)	89
1.	Allgemeines	89
2.	Frühere Kenntnisnahme des späteren Widerrufs	89
3.	Tatsächliche Kenntnis vor Zugang und Widerruf	90
VIII.	Zugangsstörungen	91
1.	Unterscheidung zwischen zurechenbarer Zugangsverzögerung und arglistiger Zugangsvereitelung	91
2.	Zurechenbare Zugangsverzögerung	91
3.	Arglistige Zugangsvereitelung	92
4.	Temporäre Abwesenheit des Adressaten	93
5.	Unzureichende Sprachkenntnisse des Empfängers	94
IX.	Empfangsvertreter und Empfangsbote	95
1.	Empfangsvertreter	95
2.	Empfangsbote	96
X.	Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden nach Abgabe der Willenserklärung	98
1.	Regelung des § 130 Abs. 2	98
2.	Annahmefähigkeit eines Angebots nach § 153	99

XI. Fehlende Geschäftsfähigkeit oder Tod des Empfängers	99
1. Fehlende volle Geschäftsfähigkeit des Empfängers	99
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers	101
3. Tod des Adressaten	101
XII. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	102
1. Zusammenfassung	102
2. Gutachtaufbau	102
3. Kontrollfragen	103
§ 9. Die Auslegung einer Willenserklärung	104
I. Die Regelungen der §§ 133, 157	104
1. Objektiver Empfängerhorizont und Auslegungskriterien	104
2. Auslegung von Willenserklärungen bei Internetgeschäften	105
3. Auslegung mündlicher Erklärungen – falsches Sprachverständnis	108
4. Vermögensschutz als Zweck eines Vertrags	109
II. Die „falsa demonstratio“	111
1. Historische Grundlagen und „Haakjöringsköd“	111
2. „Falsa demonstratio“ bei einseitig missverstandenen Begriffen und Chiffrierungen	112
3. Einseitiges Erkennen einer Falschbezeichnung der anderen Partei	113
4. „Falsa demonstratio“ bei formgebundenen Rechtsgeschäften	114
III. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	117
1. Zusammenfassung	117
2. Gutachtaufbau	117
3. Kontrollfragen	117

Kapitel 4. Der Vertrag

§ 10. Vertragsschluss und Dissens	119
I. Übereinstimmende Willenserklärungen (Konsens)	119
1. Historische Grundlagen des Vertrags als Konsens	119
2. Die allgemeinen Voraussetzungen des Vertrags	119
3. Essentialia und accidentalia negotii	120
II. Vertrag und unvollkommene Verbindlichkeit (Naturalobligation)	121
1. Fehlende Anspruchs begründung	121
2. Dogmatische Einordnung der Naturalobligation	121
III. Annahmefristen und verspätete Annahmeerklärungen	122

1. Gesetzliche Regelungen	122
2. Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Anwesenden (§ 147 Abs. 1)	123
3. Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Abwesenden (§ 147 Abs. 2)	123
4. Verspäteter Zugang und rechtzeitige Abgabe der Annahmeerklärung (§ 149)	124
IV. Modifizierende Annahme (§ 150 Abs. 2)	125
1. Grundlagen	125
2. Abgrenzung zwischen erweiternder Annahme und Angebot für zweiten Vertrag	125
3. Unbeachtlichkeit „verheimlichter Abweichungen“ der Annahmeerklärung	126
V. Konkludente Annahme eines Angebots	127
1. Der Anwendungsbereich des § 151	127
2. Konkludenter Vertragsschluss „außerhalb“ § 151	128
VI. „Faktische Verträge“	131
VII. „Protestatio facto contraria“	133
1. Begriff	133
2. Rechtsfolgen der „Protestatio“	133
VIII. Vertragsschluss via Internet	135
1. Automatisierte Bestell- und Buchungssysteme	135
2. Vertragsschluss bei Internetauktionen	137
3. Die Optionen „Sofort-Kaufen“ und „Preis vorschlagen“	146
IX. Vertragsschluss bei sogenannten Kreuzofferten	149
X. Dissens	150
1. Der versteckte Dissens	150
2. Abgrenzung zwischen verstecktem Dissens und Inhaltsirrtum	151
XI. Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	151
1. Abgrenzung zur Auftragsbestätigung	151
2. Dogmatische Einordnung und Rechtsfolgen	152
3. Die Voraussetzungen eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens	153
4. Widerspruch und sich kreuzende Bestätigungsschreiben	154
XII. Angebotsannahme durch Schweigen	154
1. Nichtvorliegen einer Willenserklärung als Grundsatz	154
2. Schweigen als Willenserklärung (beredtes Schweigen)	155
3. Schweigen bei mündlichen Vertragsverhandlungen	156
4. Annahmewirkung kraft Gesetzes – insbesondere § 362 HGB	156

5. Erklärungsbewusstsein beim Schweigen mit Zustimmungswirkung	158
XIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	159
1. Zusammenfassung	159
2. Gutachtenaufbau	161
3. Kontrollfragen	162
§ 11. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen	162
I. Die Gesetzessystematik	162
II. Rechtsnatur und Funktion der AGB	163
III. Der AGB-Begriff des § 305	163
1. Vorformulierte Bedingungen	163
2. Vielzahl von Verträgen	164
3. Das „Stellen“ der Bedingungen	165
4. Die Sonderstellung der Plattformbetreiber-AGB (insbesondere eBay-AGB)	166
5. Die Individualvereinbarung	166
IV. Die Einbeziehung von AGB (§ 305 Abs. 2).	168
1. Ausdrücklicher Hinweis	168
2. Deutschsprachige AGB bei ausländischen Vertragspartnern.	168
3. Hinweis durch Aushang oder Internetlink	169
V. Vorrang der Individualabrede (§ 305b)	170
VI. Kollidierende AGB der Parteien	171
VII. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c).	173
VIII. Einbeziehung von AGB bei Verwendung gegenüber Unternehmern (§ 310 Abs. 1)	173
IX. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung von AGB (§ 306).	174
X. Die Systematik der AGB-Inhaltskontrolle.	175
1. Die Regelung des § 307	175
2. Die speziellen Verbote der §§ 308, 309	175
XI. Die Rechtsfolgen einer unwirksamen AGB-Klausel.	177
1. Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen	177
2. Ausschluss einer geltungserhaltenden Reduktion	177
XII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	179
1. Zusammenfassung	179
2. Gutachtenaufbau	180
3. Kontrollfragen	180

Kapitel 5. Die Anfechtung des Rechtsgeschäfts

§ 12. Die Irrtumsanfechtung	181
I. Die dogmatische Einordnung der §§ 119 ff.	181
1. Willenstheorie und Erklärungstheorie	181
2. Die Kompromisslösung des BGB-Gesetzgebers	181
II. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	182
1. Der Erklärungsirrtum	182
2. Der Inhaltsirrtum	185
3. Der Rechtsfolgenirrtum	188
4. Der Kalkulationsirrtum (Berechnungsirrtum)	189
5. Anfechtung bei Schweigen als Erklärungshandlung	193
6. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2)	193
III. Die Anfechtungserklärung (§ 143)	202
1. Notwendige Bestandteile der Anfechtungserklärung	202
2. Richtiger Adressat der Anfechtungserklärung (Anfechtungsgegner)	204
3. Die Eventualanfechtung	204
IV. Die Anfechtungsfrist (§ 121)	205
V. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	206
1. Die Nichtigkeit ex tunc	206
2. Fehleridentität (Doppelmangel)	206
3. Rechtsfolgen einer Kenntnis der Anfechtbarkeit (§ 142 Abs. 2)	208
VI. Die Anfechtung nichtiger Rechtsgeschäfte – „Doppelwirkungen“	209
VII. Der Ersatz des Vertrauensschadens (§ 122)	210
§ 13. Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung (§ 123) ...	212
I. Historische Grundlagen	212
II. Die arglistige Täuschung	213
III. Täuschung durch einen Dritten	214
IV. Die widerrechtliche Drohung	214
V. Verhältnis zwischen § 123 und culpa in contrahendo	216
VI. Verhältnis zwischen § 123 und kaufrechtlicher Gewährleistung sowie § 823	218
§ 14. Anfechtung wegen unrichtiger Übermittlung (§ 120)	219
I. Die Entstehungsgeschichte des § 120 – Kölner Telegraf-Fall von 1856	219

II. Versehentliche Falschübermittlung	219
III. Vorsätzliche Falschübermittlung durch Boten	221
1. Meinungsstand	221
2. Ablehnung der Zurechnung	222
3. Die Haftung des arglistigen Boten analog § 179	222
IV. Der Bote „ohne Auftrag“ (Pseudobote)	223
§ 15. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Anfechtung	224
I. Zusammenfassung	224
II. Gutachtenaufbau	225
III. Kontrollfragen	228

Kapitel 6. Wirksamkeit und Form des Rechtsgeschäfts

§ 16. Die Form des Rechtsgeschäfts	229
I. Grundsatz der Formfreiheit	229
II. Die Systematik der Formvorschriften	229
III. Der Zweck der Formvorschriften	231
IV. Die Voraussetzungen der einzelnen Formtypen	232
1. Die Schriftform (§ 126)	232
2. Die elektronische Form (§ 126a)	238
3. Die Textform (§ 126b)	240
4. Die notarielle Beurkundung (§ 128)	240
V. Entbehrlichkeit der Form nach Treu und Glauben (§ 242)	242
VI. Heilung eines Formmangels	244
VII. Formerfordernis kraft Vereinbarung – Rechtsfolgen	245
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	246
1. Zusammenfassung	246
2. Gutachtenaufbau	247
3. Kontrollfragen	248
§ 17. Die Geschäftsfähigkeit	248
I. Historische Entwicklung	248
II. Die gesetzliche Systematik	249

III. Die sogenannte relative Geschäftsunfähigkeit.	251
IV. Beschränkte Geschäftsfähigkeit.	252
1. Rechtlich vorteilhafte Geschäfte.	252
2. Der sogenannte „Taschengeldparagraf“ (§ 110).	255
3. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigung	258
4. Einseitige Rechtsgeschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen (§ 111)	259
V. Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit und Geschäftsunfähigkeit	261
VI. Erfüllung gegenüber einer nicht voll geschäftsfähigen Person	261
VII. Sonderregelung des § 105a für volljährige Geschäftsunfähige	262
1. Dogmatische Einordnung	262
2. Geringfügige Mittel und Ausschluss nach § 105a S. 2	263
VIII. Partielle Geschäftsfähigkeit (§§ 112, 113)	264
1. Selbständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	264
2. Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses.	265
IX. Der Einwilligungsvorbehalt für betreute Erwachsene (§ 1903 Abs. 1)	266
X. Das Abstraktionsprinzip bei Geschäften beschränkt Geschäftsfähiger.	268
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	268
1. Zusammenfassung	268
2. Gutachtenaufbau	269
3. Kontrollfragen	270
§ 18. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134).	271
I. Die historischen Grundlagen	271
II. Die gesetzlichen Verbote	271
III. Die Nichtigkeitsfolge	272
1. Grundsätze	272
2. Nichtigkeit im Ganzen – insbesondere Schwarzarbeits- verträge	272
IV. Nichtigkeit von Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft.	274
§ 19. Sittenwidrigkeit (§ 138)	275
I. Die Regelung des § 138	275
II. Das Tatbestandsmerkmal „gute Sitten“ – Grundlagen	276

III. Grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung	276
IV. Knebelungsverträge	277
V. Verstoß gegen geschützte Interessen der Allgemeinheit	278
VI. Sittenwidrige Vereinbarungen im Bereich von Ehe und Familie . .	279
VII. Verträge über Leistungen sexueller Art.	281
VIII. Die Schädigung Dritter	282
IX. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2).	283
X. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	285
1. Grundsätze	285
2. Fehleridentität (Doppelmangel).	286
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	287
1. Zusammenfassung	287
2. Gutachtenaufbau	287
3. Kontrollfragen	287
§ 20. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	288
I. Historische Grundlagen und Entstehung des § 139.	288
II. Der Tatbestand des § 139	288
III. Der mutmaßliche Parteiwille.	289
IV. Verhältnis zwischen § 139 und dem Abstraktionsprinzip	290
§ 21. Umdeutung (Konversion) unwirksamer Rechtsgeschäfte (§ 140).	291
I. Grundlagen	291
II. Familien- und erbrechtliche Gestaltungen	291
III. Schuld- und sachenrechtliche Gestaltungen	293
§ 22. Bestätigung eines nichtigen oder anfechtbaren Rechtsgeschäfts	294
I. Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	294
1. Der Tatbestand des § 141	294
2. Abgrenzung zwischen Bestätigung und Heilung	295
II. Bestätigung eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	295
1. Unterschied zwischen § 141 und § 144	295
2. Die Voraussetzungen des § 144	296
III. Zusammenfassung	297

§ 23. Verfügungsverbote (§§ 135–137)	297
I. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote (§ 137)	297
II. Gesetzliche und behördliche (gerichtliche) Verfügungsverbote (§§ 135, 136)	298
§ 24. Die Zustimmung (§§ 182 ff.)	301
I. Zustimmung, Einwilligung und Genehmigung – Grundlagen . . .	301
II. Zustimmungsbedürftigkeit kraft Gesetzes	301
1. Gesetzliche Anordnung	301
2. Zustimmungserfordernisse des BGB	302
III. Die Zustimmungserklärung	303
1. Konkludente Erklärung	303
2. Grundsatz der Formfreiheit	303
IV. Adressat der Zustimmungserklärung	304
V. Die Verweigerung der Zustimmung	304
VI. Zustimmung zu einseitigen Rechtsgeschäften	305
VII. Widerruf der Einwilligung (§ 183)	306
VIII. Rückwirkung der Genehmigung	308
1. Genehmigungsfrist	308
2. Rückwirkung bei einseitigen Rechtsgeschäften	308
3. Verzugseintritt und Verjährungsbeginn	309
4. Zwischenverfügungen	309
IX. Die Ermächtigung (§ 185)	310
1. Berechtigung und Ermächtigung	310
2. Die Verkaufskommission	311
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	312
4. Fehlende Verfügungsbefugnis des Rechtsinhabers	312
X. Wirksamwerden der Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2)	313
1. Genehmigung nach § 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 1	313
2. Erwerb des Gegenstands durch den Verfügenden (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 2)	313
3. Beerbung des Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 3)	314
4. Prioritätsprinzip bei mehreren Verfügungen eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 2)	314
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	315
1. Zusammenfassung	315

2. Gutachtenaufbau	316
3. Kontrollfragen	316

Kapitel 7. Bedingung und Befristung

§ 25. Die Bedingung	317
I. Historische Grundlagen	317
II. Aufschiebende und auflösende Bedingung (§ 158)	317
1. Grundbegriffe	317
2. Vereinbarung einer schon eingetretenen Bedingung	318
3. Die Potestativbedingung	318
4. Beendigung des Schwebezustands bei Potestativbedingungen	320
5. Bedingungsfeindliche Gestaltungsrechte	320
6. Geschäftsunfähigkeit vor Bedingungseintritt	321
7. Schuldrechtliche Rückwirkung (§ 159)	322
III. Rückabwicklung bei Eintritt einer auflösenden Bedingung	322
IV. Treuwidrige Verhinderung oder Herbeiführung einer Bedingung (§ 162)	323
V. Haftung während der Schwebezeit (§ 160)	324
1. Bedingte Verpflichtungsgeschäfte	324
2. Bedingte Verfügungsgeschäfte	324
VI. Schutz bei Zwischenverfügungen (§ 161) – Anwartschaftsrecht	324
1. Der Tatbestand des § 161 Abs. 1	324
2. Gutgläubiger Erwerb	325
3. Zwischenverfügungen über Forderungen	326
4. Gutgläubiger Erwerb bei bedingter Übereignung	327
VII. Der einseitige Verzicht auf eine Bedingung	327
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	328
1. Zusammenfassung	328
2. Gutachtenaufbau	329
3. Kontrollfragen	329
§ 26. Die Befristung (§ 163)	330
I. Allgemeines	330
II. Abgrenzung zwischen Bedingung und Befristung	330
§ 27. Fristen, Termine und Zeitrechnung	331
I. Anwendungsbereich der §§ 187 ff.	331

II. Der Gregorianische Kalender – Definitionen	331
III. Fristbeginn und Fristende (§§ 187, 188)	331
1. Der Fristbeginn	331
2. Das Fristende	332

Kapitel 8. Die Stellvertretung

§ 28. Der Tatbestand des § 164	335
I. Die historische Entwicklung des Vertretungsrechts	335
II. Grundlagen der Stellvertretung	335
1. Begriffe des Vertretungsrechts	335
2. Die Zurechnungsvoraussetzungen des § 164 im Überblick	336
III. Der Offenkundigkeitsgrundsatz	337
1. Grundlagen – Abgrenzung zwischen Vertreter und Bote	337
2. Unternehmensbezogene Rechtsgeschäfte (§ 164 Abs. 1 S. 2)	338
3. Das sogenannte Geschäft für den, den es angeht	339
IV. Handeln <i>unter</i> fremdem Namen	340
1. Grundsätze	340
2. Geschäft des wahren Namensträgers	341
V. Irrtümliches Auftreten des Vertreters im eigenen oder fremden Namen	342
VI. Die Vertretungsmacht	343
1. Der gesetzliche Vertreter	343
2. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht nach BGB und HGB – Überblick	345
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	346
VII. Vertretung ohne Vertretungsmacht	349
§ 29. Das Recht der Vollmacht (§§ 167 ff.)	350
I. Innen- und Außenvollmacht	350
II. Formfreiheit der Vollmacht (§ 167 Abs. 2)	352
III. Generalvollmacht	353
IV. Untervollmacht	354
V. Vollmacht und Abstraktionsprinzip – Fehleridentität	355
VI. Duldungsvollmacht	357

VII. Widerruf und Erlöschen der Vollmacht	360
1. Widerruf durch Willenserklärung	360
2. Erlöschen des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses	361
3. Verzicht des Bevollmächtigten auf die Vollmacht	361
4. Tod des Bevollmächtigten	361
5. Tod des Vollmachtgebers	362
6. Fiktion des Fortbestehens im Auftragsrecht	362
§ 30. Die Anfechtung der Vollmacht	363
§ 31. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	366
I. Rechtsscheinhaftung nach den §§ 170 ff.	366
1. Fortdauer einer Außenvollmacht (§ 170)	366
2. Anwendung des § 170 bei unwirksamer externer Vollmacht?	366
3. Kundgabe einer Innenvollmacht (§ 171)	367
4. Widerruf nach § 171 Abs. 2 und Ausschluss nach § 173	368
5. Rechtsscheinhaftung bei Vollmachtsurkunden (§ 172)	368
II. Abredewidriges Ausfüllen einer Blanketturkunde	371
III. Anscheinsvollmacht	372
1. Dogmatische Grundlagen	372
2. Voraussetzungen	373
§ 32. Willensmängel und Wissenszurechnung nach § 166	377
I. Irrtum und Kenntnis des Vertreters (§ 166 Abs. 1)	377
II. Der Tatbestand des § 166 Abs. 2	378
III. Wissensvertreter und Wissensaufspaltung	379
1. Grundlagen	379
2. Wissenszurechnung bei juristischen Personen und Personengesellschaften	380
§ 33. Das Inschlaggeschäft (§ 181)	382
I. Begriff und historische Entwicklung	382
II. Der Grundtatbestand des § 181	382
III. Lediglich rechtlich vorteilhaftes Geschäft	382
IV. Befreiung von § 181 – Geschäfte zwischen „Eine-Person-GmbH“ und Geschäftsführer	383
V. Inschlaggeschäfte einer Partei kraft Amtes	384
VI. Einschaltung eines Untervertreters	384

VII. Rechtsfolgen.	385
VIII. Insihgeschäft zum Zwecke der Erfüllung einer Verbindlichkeit. .	385
§ 34. Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 179). .	388
I. Dogmatische Einordnung der Vertreterhaftung	388
II. Haftungsausschluss bei Widerruf nach § 178.	388
III. Wahlrecht des anderen Teils.	389
1. Dogmatische Einordnung	389
2. Bindung an die Wahl	389
3. Rechtsfolgen der Wahl des Erfüllungsanspruchs	390
4. Der Schadensersatzanspruch	391
IV. Ersatz des Vertrauensschadens nach § 179 Abs. 2	391
V. Ausschluss der Vertreterhaftung nach § 179 Abs. 3	391
§ 35. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Stellvertretung	392
I. Zusammenfassung	392
II. Gutachtenaufbau	394
III. Kontrollfragen	396
Kapitel 9. Verjährung und Ausübung von Rechten	
§ 36. Die Verjährung	397
I. Die Systematik des Verjährungsrechts.	397
II. Der Zweck der Verjährung	397
III. Die Rechtsfolge der Verjährung – Verjährungseinrede	398
1. Die Einrede des § 214 im Prozess.	398
2. Ausschluss der Rückforderung bei Leistung trotz Verjährung	399
3. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht nach Verjährung . .	399
IV. Die Verjährungsfristen und ihr Beginn.	400
1. Die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195	400
2. Besondere Verjährungsfristen	401
V. Neubeginn und Hemmung der Verjährung	403
1. Der Neubeginn der Verjährung (§ 212).	403
2. Die Hemmung der Verjährung	404
VI. Parteivereinbarungen über die Verjährung	406

VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	407
1. Zusammenfassung	407
2. Gutachtenaufbau	407
3. Kontrollfragen	407
§ 37. Ausübung und Durchsetzung von Rechten	407
I. Staatliche Durchsetzung privater Rechte nach der ZPO	407
II. Einstweiliger Rechtsschutz	408
III. Das Schikaneverbot (§ 226)	409
IV. Die Notwehr (§ 227).	410
V. Der Notstand (§§ 228, 904)	412
VI. Die Selbsthilfe (§§ 229 ff.).	413
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	415
1. Zusammenfassung	415
2. Gutachtenaufbau	415
3. Kontrollfragen	415
Antworten zu den Kontrollfragen	417
Anhang I. Systematisches Entscheidungsregister	427
Anhang II. Probleme und Streitfragen des BGB AT	437
Anhang III. Musterklausuren mit Lösung	443
Sachverzeichnis	451